

Wahl: Nationalratswahlen

Name: Sandro Stamm

Erstellt am: 03.08.2015

Frage	Antwort	Kommentar
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher ja	Mit der gestiegenen Lebenserwartung sollten Menschen auch länger arbeiten können. Vermutlich werden dann aber auch Anreize benötigt damit Unternehmen auch ältere Mitarbeiter/-innen beschäftigen.
Finden Sie es richtig, dass der Bund die ausserfamiliäre Kinderbetreuung finanziell unterstützt?	Ja	
Soll zusätzlich zur Mutterschaftsversicherung ein mehrwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt werden?	Eher ja	Es sollten mindestens 14 Wochen bei gleichmässiger Verteilung auf beide Elternteile sogar bis 20 Wochen Elternurlaub gewährt werden. Die Eltern sollten aber grundsätzlich selber entscheiden können wie die Wochen auf die beiden verteilt werden.
Würden Sie es begrüßen, wenn gesamtschweizerisch Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt würden?	Nein	Sollte kantonal bleiben, die Einkommen und Lebenshaltungskosten sind kantonal stark unterschiedlich.
Befürworten Sie eine Anpassung der Sozialhilfe-Richtlinien, die Leistungskürzungen für Grossfamilien und junge Erwachsene vorsieht?	Eher ja	Grundsätzlich sollten Sozialhilfe so bemessen sein, dass Leistungsbezüger den Anreiz haben durch Arbeit/Jobwechsel ihre Situation zu verbessern. Dabei sollen sie unterstützt werden; Sozialhilfe könnte z.T. auch immateriell z.B. durch Beratung geleistet werden.
Soll der Umwandlungssatz, der die Höhe der BVG-Rente (2. Säule) regelt, an die gestiegene Lebenserwartung angepasst und von 6.8 auf 6.0% gesenkt werden?	Ja	
Würden Sie eine Erhöhung der Mindestfranchise bei der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) von 300 auf 500 CHF befürworten?	Eher ja	
Soll eine Impfpflicht für Kinder gemäss dem schweizerischen Impfplan eingeführt werden?	Nein	Dies wäre ein schwerer Eingriff in die Privatsphäre. Ein Restrisiko bleibt bei jeder Impfung, dass sie negative gesundheitliche Nebeneffekte erzeugt. Darüber sollte jede(r) bzw. die Eltern entscheiden können.
Sollen Behandlungen mit Methoden der komplementären (alternativen) Medizin nach 2017 weiterhin durch die Grundversicherung (KVG) bezahlt werden?	Ja	
Sollen in der Schweiz vermehrt Spitäler geschlossen werden, um die Kosten im Gesundheitsbereich zu senken?	Eher ja	Spitäler sollten regional (auch kantonsübergreifend) ausgerichtet werden. Wo Synergien es ermöglichen, sollen auch Spitalschliessungen erfolgen. Die Grundversorgung darf dabei aber nicht gefährdet werden. Medizinische Spezialfähigkeiten sollten an grösseren gesamtschweizerisch koordinierten Spitälern konzentriert werden. Kleine Spitäler, die die ganze Bandbreite der Medizin anbieten sind meist zu teuer oder in gewissen Gebieten fachlich zu wenig versiert.

Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfegutscheinen für Schüler/innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Eher ja	Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz. Bildungsgleichheit ist die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und sollte allen offen bleiben. Statt Nachhilfegutscheine sollten aber Grundstrukturen der Schulen verbessert werden z.B. durch Tagesstrukturen, die pädagogischen Konzepten folgen und eng mit dem Unterricht verzahnt sind. Das kann zu besserer Bildung führen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen.
Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)?	Ja	Die heutigen Anforderungen verlangen hohe Mobilität der Mitarbeiter. Wenn Familien umziehen müssen in Kantone mit anderen Schulsystemen, leiden vor allem die Kinder darunter. Harmonisierung kann auch bei den Lehrmitteln helfen Kosten einzusparen durch grössere Auflagen.
Soll in allen Kantonen in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werden?	Ja	Sofern der Fremdsprachenunterricht altersgerecht und eher spielerisch erfolgt. Kinder lernen auf diese Art und weise ohne Druck viel schneller und mehr als in späteren Jahren.
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Nein	Menschen sind nicht gleich und sollten nicht gleicher gemacht werden als sie sind. Auch wenn Kinder mit Lernschwierigkeiten oft bessere Fortschritte in regulären Klassen erzielen, haben sie dort den grösseren Druck. Die meisten anderen Schüler sind durch zahllose Wiederholungen und das verlangsamte Lerntempo unterfordert, langweilen sich und bringen daher schlechtere Leistungen als möglich wäre.
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	Die religiösen Besonderheiten sollen respektiert werden, dürfen aber nicht dazu führen, dass sie vorgeben, was in der Schule zu unterrichten ist und was nicht.
Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?	Eher ja	Wirtschaftliche Forschungsprojekte sollten stärker gefördert werden aber bei Erfolg auch einen Teil der Fördergelder zurückzahlen. Grundlagenforschung darf nicht vernachlässigt werden, oft ist diese Basis für Forschungsprojekte/-Erkenntnisse mit wirtschaftlichem Nutzen.
Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde?	Eher ja	Sofern sie gut integriert sind und das politische System ausreichend verstanden haben.
Soll die Einbürgerung von Ausländer/innen der dritten Generation erleichtert werden?	Ja	
Soll die Aufenthaltserlaubnis für Migrant/innen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten schweizweit an die Erfüllung verbindlicher Integrationsvereinbarungen geknüpft werden?	Ja	Grundsätzlich haben sich alle Migranten zu integrieren.
Sollte der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert werden?	Eher nein	Um Missbrauch vorzubeugen ist jeder Fall individuell zu beurteilen. Bei der Abklärung sollten aber Synergien genutzt werden z.B. Migranten aus der gleichen Region durch die gleichen Sachbearbeiter etc.

Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeland sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?	Ja	Die Schweiz als UNO-Mitglied sollte deren Unterorganisationen vertrauen und Einfluss nehmen darauf, dass diese berechtigt ist. Wenn Flüchtlinge aus bestimmten Krisengebieten schnell aufgenommen werden müssen, sollte die Schweiz im Rahmen des Möglichen Hand bieten.
Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Ja	Liebe und Verantwortung ist nicht an Geschlecht oder sexueller Präferenz gekoppelt. Solange eine Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare nicht möglich ist, gehen alle Kindsmisshandlungen und -missbräuche auf das Konto von heterosexuellen Familienstrukturen. Dies sind jetzt schon viel zu viele und unterstreichen, dass diese Familienstruktur ohne Liebe und Verantwortung auch nicht besser sind.
Im Juni 2015 hat das Volk einer Lockerung der Regeln in der Fortpflanzungsmedizin zugestimmt (Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik, PID). Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Ja	Es ermöglicht lediglich Paaren, die auf In vitro-Fertilisation angewiesen sind die gleichen Rechte wie den natürlich schwanger gewordenen.
Soll der Konsum von Cannabis sowie dessen Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Ja	Cannabis kann in einigen Fällen medizinisch sinnvoll sein. Cannabis hat zwar das Potential schwere Nebenwirkungen zu haben und abhängig zu machen. Wenn man es aber verbieten will, müsste Alkohol konsequenterweise auch verboten werden (was in den USA auch schon den gegenteiligen Effekt gebracht hat; die meisten Cocktailklassiker kommen aus der Prohibitionszeit).
Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Nein	Es sollten die Fähigsten Personen für solche Positionen eingestellt werden. Starre Quoten könnten dies verhindern und untergraben von vornherein die Autorität von weiblichen Funktionären, weil ihnen immer ein Hauch von Quote anhaftet. Es sollten aber Anreize geschaffen werden um Frauen für solche Positionen zu gewinnen und auszubilden z.B. auch durch Massnahmen zur Vereinbarung von Beruf/Karriere und Familie.
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Eher ja	Sofern Missbräuche verhindert werden können.
Würden Sie es begrüßen, wenn in der Schweiz die automatische Organspende (Widerspruchslösung) eingeführt würde?	Eher nein	Der Staat bzw. die Organsuchenden sollten sich um die Organspender bemühen, nicht jeder als automatisches Ersatzteillager leben müssen. Die Würde des Menschen ist diesbezüglich wichtiger.
Soll sich der Bund aus der Kulturförderung zurückziehen?	Nein	Kultur ist für jede Zivilisation wichtig. Es sollten auch kommerziell nicht erfolgreiche Kultur eine Chance erhalten, ohne staatliche Kulturförderung entscheiden die Zahlungskräftigen was als Kultur zu gelten hat.
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Ja	Ehepaare sollten steuerlich nicht benachteiligt werden.
Haben für Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren Priorität?	Eher nein	Es dürfen keine Steuergelder verschwendet werden. Die geforderten Dienstleistungen müssen aber bezahlt werden. Wenn diese auch mit Steuersenkung erreicht werden können sollen diese selbstverständlich realisiert werden.

Sollen Bund und Kantone im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III) Einbussen bei den Steuereinnahmen in Kauf nehmen, um international mobile Firmen in der Schweiz zu halten?	Eher nein	Mobile internationale Firmen sind nicht nur aus steuerlichen Gründen in der Schweiz. Ihnen sind rechtlich und wirtschaftlich (Arbeitskräfte, Anreize, Stabilität etc.) attraktive Rahmenbedingungen zu bieten aber wer nur nach den Steuern geht, findet immer ein günstigeres Land. Die Schweiz sollte sich nicht erpressen lassen.
Befürworten Sie die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften?	Nein	Auf Wertschriften lastet auch immer ein Risiko. Konsequenterweise müsste man bei Verlusten auch wieder Steuerrückvergütungen erhalten was Unsinn ist.
Die finanzstarken Kantone möchten ihre Beitragszahlungen an die finanzschwachen Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) deutlich reduzieren. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher nein	Unklar was mit "deutlich" gemeint ist. Finanzstarke Kantone sollen eine gewisse Solidarität mit den anderen beweisen. Vor allem, wenn die Finanzstärke z.B. durch unfaire Steuersenkungen erzielt wurden, die nicht in allen Kantonen einföhrbar wären.
Soll das Bankgeheimnis im Inland gegenüber schweizerischen Steuerbehörden aufgehoben werden?	Eher ja	Das Bankgeheimnis schützt weniger die Privatsphäre als kriminelle Machenschaften.
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF (für eine Vollzeitstelle)?	Eher nein	Absolute Zahlen sind meist nicht sinnvoll. 4000 CHF in Zürich sind sehr wenig zum Leben, im Kanton Jura hingegen kann das schon wieder ziemlich viel sein.
Soll der Kündigungsschutz für ältere Angestellte (über 50 Jahre) ausgebaut werden?	Eher nein	Kündigungsschutz darf nicht dazu führen, dass nicht motivierte ältere Mitarbeiter die Leistung verweigern können ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Es müssen aber Anreize geschaffen werden damit Firmen auf die langjährige Erfahrung bauen.
Sollen die Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?	Ja	Alle Industrien sollten so umweltschonend wie möglich produzieren und dafür einen Anreiz haben.
Sollte sich die Regionalpolitik des Bundes künftig stärker auf die wirtschaftliche Förderung in Städten und Agglomerationen konzentrieren?	Eher nein	Das sollten die benachbarten Kantone, die die regionalen Besonderheiten besser kennen untereinander regeln. Eine intensivere Interkantonale Zusammenarbeit ist aber zu begrüßen, wenn Synergien genutzt oder Doppelspurigkeiten abgeschafft werden können.
Sollten die bestehenden Importerleichterungen für Lebensmittel aus der EU (Cassis-de-Dijon-Prinzip) abgeschafft werden?	Nein	Die Richtlinien sind diesbezüglich ähnlich scharf. Eine Doppelzertifizierung ist nur teuer und ineffizient.
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung der Öffnungszeiten nach freiem Ermessen)?	Ja	Solange die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutze der Mitarbeiter eingehalten werden.
Befürworten Sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak?	Nein	Werbeverbote für legal zu kaufende Ware sind absurd.
Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes (auch für KMU und Privathaushalte)?	Ja	Der Markt soll auch in diesem Bereich spielen können.
Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dies?	Ja	Sofern der Rückbau und die Sicherheit bis dann gewährleistet sind.
Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Nein	Auch erneuerbare Energiegewinnung darf den Umwelt- und Landschaftsschutz nicht umgehen. Sie ist aber wo möglich und sinnvoll zu fördern.
Bislang wird auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) eine CO2-Abgabe erhoben. Soll diese Abgabe auch auf Treibstoffe (z.B. Benzin, Diesel) ausgeweitet werden?	Ja	Es sind unterschiedliche Derivate des gleichen Grundstoffes mit den gleichen Problemen.

Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden?	Eher ja	Die bisherigen Forschungsergebnisse müssen für eine Lockerung/Aufhebung zweifelsfrei belegen können, dass gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere keine schädlichen Nebenwirkungen haben.
Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Nein	Sie regulieren den Wildbestand auf natürliche Weise und sind hierzulande vom Aussterben bedroht.
Befürworten Sie ein Verbot der Nutzung von Gebirgslandeplätzen für rein touristische Helikopterflüge (z.B. Heliskiing)?	Eher nein	Es sollte aber auf Gebiete beschränkt bleiben, die keine Tiere in Mitleidenschaft zieht.
Im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels hat das Parlament den Bau einer zweiten Röhre beschlossen. Befürworten Sie dies?	Nein	Die zweite Röhre ist zu teuer. Wenn sie später entgegen allen Versprechen doch gleichzeitig mit der ersten geöffnet wird, verstösst sie gegen die Alpeninitiative. Der Verkehr sollte so stark wie möglich auf die Schiene im Gotthard verlagert werden.
Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern–Zürich oder Lausanne–Genf) auf durchgehend drei Spuren ausgebaut werden?	Eher ja	Die hätten von Anfang an auf drei Spuren ausgelegt werden sollen. Andererseits weckt mehr Verkehrskapazität auch mehr Verkehrsnachfrage.
Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Eher ja	Eine absolute Begrenzung ist möglicherweise nicht zukunftsgerichtet. Aber durch kluge Raumplanung muss die Zersiedelung gestoppt werden, dann besteht noch viel Baufläche für eine effiziente Nutzung, die eine weitere Umzonung überflüssig macht.
Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Eher ja	Zumindest grössere Beträge müssten offengelegt werden damit man sieht, welchen Unternehmen/Verbänden/Personen die Parteien nahe stehen.
Die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind für die Schweiz verbindlich. Finden Sie dies richtig?	Eher ja	Solange die Schweiz auch Einfluss durch z.B. Richterämter im EGMR haben.
Würden Sie die Einführung eines obligatorischen allgemeinen Bürgerdienstes (Militär-, erweiterter Zivildienst oder Miliz-Engagement in der Gemeinde) für Männer und Frauen befürworten?	Ja	Jede Person sollte auch etwas für die Gemeinschaft leisten. Die alternative ist das teure Zukaufen von Dienstleistungen. Allerdings sollten die verschiedenen Dienste sinnvoll sein und den jungen Menschen helfen etwas für das Leben zu lernen.
Befürworten Sie eine deutliche Reduktion des aktuellen Armeebestands auf höchstens 100'000 Soldaten?	Eher ja	Zuerst muss der Auftrag der Armee und die Bedrohungslage bestimmt werden. Daraus leitet sich dann der Armeebestand ab. Momentan scheint die Zahl von 100'000 AdA zu genügen aber die Ausrüstung, die Ausbildung und die Aufwuchsfähigkeit muss jederzeit sichergestellt sein.
In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Befürworten Sie diese Entwicklung?	Ja	Waffen sind in unqualifizierten Händen gefährlich. Wer legal z.B. Sportschützen, Sammler etc. Waffen erwerben will, sollte nachweisen, dass sie es zu diesem Zwecke tun und auch die notwendige Ausbildung, Erfahrung, Fähigkeit und Lagermöglichkeiten haben für einen gefahrlosen Umgang mit Waffen.
Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Eher nein	Die Gefahr des Missbrauchs ist zu hoch. Ohne Anordnung von Staatsanwalt/Richter sollte überhaupt nicht präventiv überwacht werden.

Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher nein	längere Haftstrafen führen nicht automatisch zu besseren Menschen. Resozialisierungsmassnahmen sind vorzuziehen, dürfen aber nicht zu soft ausgestaltet sein, die straffälligen Jugendlichen sollen lernen Selbstverantwortung zu übernehmen und für ihr Leben selber aufzukommen und nicht alles "geschenkt" erhalten.
Die Schweiz hat eines der strengsten Gesetze betreffend Geschwindigkeitsübertretungen im Strassenverkehr ("Raser"-Gesetzgebung). Sollte dieses gelockert werden?	Nein	Wer Rast im Sinne des Gesetzes, gefährdet Leben und sollte entsprechend bestraft werden.
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	Das hätte riesige Kosten zur Folge mit sehr zweifelhaften Erfolgsaussichten.
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein	Zusammenarbeit stärken und genau beobachten. Ein Beitritt wäre früher sinnvoller gewesen als die Schweiz in der verkleinerten EU noch ein gewisses Gewicht gehabt hätte. Jetzt läuft sie bei einem Beitritt Gefahr neuer Nettozahlerkönig zu werden ohne entsprechenden Einfluss.
Hat für Sie die strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU?	Eher nein	Der Volkswille ist zu respektieren. Allerdings ist aus der Abstimmung unklar ob die bilateralen Verträge gekündigt werden sollen oder nicht. Für die Wirtschaft sind die Bilateralen aber enorm wichtig.
Soll die Schweiz mit den USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen?	Ja	Freihandelsabkommen sind grundsätzlich wichtig.
Sollen die Haftungsregeln für Unternehmen aus der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft werden?	Eher ja	Schweizer Gesetze sind sinnfrei, wenn sie im Ausland umgangen werden können und Einfluss auf Schweizer Waren/Personen haben.
Soll sich die Schweizer Aussenpolitik stärker an einer strikten Auslegung der Neutralität orientieren?	Nein	Absolute Neutralität gibt es nicht. Wenn man Handel betreibt mit Land A aber nicht mit Land B ist man bereits nicht strikt neutral. Beziehungen, Zusammenarbeit und Handel sollten aber mit Kriegführenden Mächten immer besonders gut abgewogen werden.
Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit	Gleich viel	Es muss aber sicher gestellt werden, dass die Gelder Aufbauhilfe leisten und nicht in Korruptions- und Administrationskanälen versickern.
Landesverteidigung	Gleich viel	Zuerst muss der Auftrag und die Bedrohung klar definiert werden. Daraus ergeben sich die notwendigen Mittel, die können mehr aber auch weniger als die 4.7 Mia sein.
Öffentliche Sicherheit	Gleich viel	Die öffentliche Sicherheit muss sichergestellt sein. Durch Kooperation und gemeinsame Beschaffung könnten Kantone, Gemeinden und der Bund Einsparungen erzielen, die eine Budgeterhöhung überflüssig machen.
Bildung und Forschung	Mehr	Bildung ist die wichtigste Ressource. Gelder sollten aber nicht in sinnlosen Projekten versickern.
Soziale Wohlfahrt	Weniger	Es sollten mehr Anreize und Unterstützung gewährt werden damit die Abhängigkeit von sozialer Wohlfahrt überflüssig wird.

Strassenverkehr	Weniger	Die bestehenden Strasseninfrastrukturen sollten erhalten und gepflegt werden. Neue nur wenn notwendig (z.B. Erschliessung neuer Zentren, Vermeidung von langen Umwegen etc.) gebaut werden.
Öffentlicher Verkehr	Gleich viel	
Umwelt und Raumordnung	Mehr	Raumplanerisch muss noch viel gemacht werden um die vorhandenen Bauressourcen sinnvoll zu nutzen. Die Umwelt muss erhalten werden, wir haben nur diese Erde.
Landwirtschaft	Deutlich weniger	Die starken Subventionen zementieren eine defizitäre Industrie und gaukeln uns die grosse Lüge der Selbstversorgung (die nicht möglich ist) vor.
Beiträge an die Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs	Gleich viel	